

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gebergasse 2) und außerhalb bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger Zeitung.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, Kurfürststr. 50;
in Leipzig: Heinrich Süßner, in Altona: Hakenstein n. Vogler, in
Hamburg: J. Ulrich und J. Schneberg.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 10 Uhr Vormittags.

Paris, 16. April. Der heutige „Moniteur“ erklärt die durch verschiedene Zeitungen verbreitete Nachricht, daß der Kaiser Napoleon eine Reise nach England und Preußen zu unternehmen beabsichtige, für ungern.

Turin, 15. April. Das Gouvernement wird die durch den Herzog von Modena früher confiszirten Güter wieder restituiren.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 15. April. Nach weiteren Berichten aus New York vom 3. d. war das Fort Pulaski von den Unionisten eingeschlossen und die Kommunikation mit Savannah abgeschnitten. Savannah wurde von den Conföderirten stark vertheidigt. Der Wechselkours auf London war in New York 11 1/4, Goldgroschen 1/2, Mehl sehr fest, Baumwolle fest, 28—28 1/4. Fonds waren träge.

London, 14. April, Nachts. Aus New York vom 1. d. eingetroffene Berichte melden, daß General Burnside Beaufort besetzt habe. 500 Conföderirte bewachen noch das Fort Macon. 70,000 Mann der Conföderirten sind bei Corinth unter Beauregard konzentriert.

Brüssel, 14. April. Nach der „Indépendance belge“ hätte das Vladriden Cabinet in den Tuilerien den Vorschlag gemacht, ein Einverständniß für die Expedition in Mexiko herzustellen, das Cabinet der Tuilerien habe es aber abgeschlagen, weil dies in Rücksicht auf die bevorstehende Entscheidung unrichtig sei.

Deutschland.

* * * Berlin, 15. April. Verschiedenen Mittheilungen in der Presse zufolge soll das Ministerium ein bestimmtes Programm für sein demnächstiges Verhalten dem Landtag gegenüber festgestellt haben. Die nächste Session soll ausschließlich nur Budget- und Finanz-Angelegenheiten erledigen, eine nochmalige Auflösung des Hauses der Abgeordneten unter allen Umständen vermieden werden, daher politische Fragen gar nicht zur Erörterung kommen. Einer Adressie reip. Adreßdebatte gegenüber wird man sich möglichst passiv verhalten. Das Ministerium wird es aber nicht in der Hand haben, das Haus der Abgeordneten auf jene Materien zu beschränken. Die Art und Weise, wie es die Wahlen zu leiten begonnen, werdet außer Zweifel in erster Reihe im Abgeordnetenhaus zur Sprache kommen und kommen müssen, nachdem sich ein so tiefer Widerspruch zwischen der Ausschaltung des Landes von den Besitzungen der Regierungssorgane dem Wahlact gegenüber und derjenigen dieser herausgestellt hat. Eine liberale Mehrheit wird gegen das beliebte Verfahren in vielen Beziehungen entschieden protest erheben und strenge Nachsicht fordern, weil es sich um die Ausübung des ersten Grundrechts des Volks im konstitutionellen Staat handelt, weil die Stellung einer zahlreichen Klasse von Staatsbürgern zu demselben an der Wurzel berührt worden ist. Der gründlichen Erörterung dieser politischen Prinzipienfrage und einer Reihe vorliegender That-sachen wird das Ministerium sich nicht entziehen können. Eine rein „geschäftliche“ Session könnte daher die bevorstehende nur dann werden, wenn die Mehrheit des Abgeordnetenhauses mit der Leitung der Wahlen einverstanden wäre. Das die Liberalen gegen die Befestigung der überspannten Militärforderungen, gegen die in Aussicht gestellten Steuererleichterungen und vergleichene keine Opposition machen werden, versteht sich von selbst. Nach dieser Richtung werden Differenzen zwischen dem Ministerium und dem Abgeordnetenhaus nicht zum Vorschein kommen. Einige Blätter tadeln eine principielle Opposition gegen die bestehende Staatsregierung. Dieselbe ist aber von dieser provocirt worden, indem sie principielle Grundlagen des öffentlichen Rechts controvers erscheinen ließe. Ueber dieselben hat hoffentlich jeder Wähler eine ebenso bestimmte Überzeugung, wie über

Stadt-Theater.

Das Gastspiel des Herrn Degele führte uns gestern Lorisings Oper „Czar und Zimmermann“ zu, zum dritten Male in dieser Saison. Wollte man dieser Oper nach dem Maximum der Wirkung, welche die verschiedenen Rollen ausüben, ihren Titel geben, so müßte sie entschieden als „Bürgermeister von Saardam“ gerauft werden. Die Bühnenreien dieses kostbaren Musters aller Magistrats-Oberhäupter treten räumlich und sachlich derselben in den Hintergrund, auch in der Gunst der Hörer, welche eben die Stimmung für die Freizeit einer komischen Oper in das Theater geführt hat, daß der Selbstherrlicher aller Neuheiten daneben fast nur als Episode behandelt erscheint, so stolz er sich auf dem Titel ausnimmt. Lorisong hätte wohl für die musikalische Ausstattung und namentlich auch für die Charakteristik dieses historischen Czars etwas mehr thun können. Außer einigen landesväterlichen Sornes, Ausbrüchen, auf die Häupter der abwesenden Strelizen geschleudert, vernimmt man in den beiden ersten Acten von ihm nichts Distinguirtes, weder in Worten noch in Tönen, bis endlich in dem Liede: „Sonst spielt ich mit Scepter“ wenigstens dem Sänger das Recht geschieht, welches dem Czaren während der ganzen Oper consequent verzeigt wird, denn dieses gefällig dankbare Lied ist weit entfernt, charakteristisch für einen Czar Peter zu sein. Man vergegenwärtige sich die mattherige und musikalisch gleichgültige Haltung der

das Recht der Landesvertretung zur genauen Controle der Staatsausgaben und die bevorstehenden Wahlen werden auch darüber eine Entscheidung abzugeben haben.

Wie die „Berl. Montags-Zeitung“ mittheilt, soll jetzt mit dem Regierungs-Präsidenten Herrn v. Blumenthal in Danzig wegen Übernahme des Portefeuille für das Handels-Ministerium unterhandelt werden.

Die „Presse“ schreibt über Preußen sehr richtig: Will das preußische Volk den Sieg in Händen behalten, den das Schreiben v. d. Heydt's an den Kriegs-Minister und die Verheißungen der Sternzeitung in der unzweideutigsten Weise dokumentieren, dann muß es eine Kammer wählen, die ein wahrer Ausdruck seiner unerschütterlichen Überzeugung von der Unannehmbarkeit der bereits durchgeföhrten Militär-Reform und von der Notwendigkeit einer ernsten und durchgreifenden parlamentarischen Behandlung des Budgets ist. Die neue Kammer muß das Ministerium Hohenlohe-Heydt beim Worte nehmen und es in die Unmöglichkeit verlegen, sein der liberalen Partei escamotirtes Programm, nachdem es als Wahl-Manöver seine Dienste gethan, dem Lande abermals vor die Füße zu werfen.“

Die drei Beamten, gegen welche wegen Veröffentlichung des Schreibens des Finanzministers an den Kriegs-minister eine Untersuchung schwiebt, sind die Intendantur-Sekretäre Kähler und Moll und der Rechnungsrath Warro. Letzterer hatte, wie erzählt wird, das betreffende Schreiben mit nach Hause genommen, wo es Moll kopirt und dem Kähler gegeben haben soll. Warro, ein älterer Beamter, hatte nach der ersten Kenntniß der Veröffentlichung des Schreibens seinem nächsten Vorgesetzten Meldung von diesem Hergange gemacht; über den Ausgang der Untersuchung ist noch nichts bekannt, doch hält man es nicht für unwahrscheinlich, daß alle drei Beamte die Amtsenthebung treffen dürften.

In studentischen Kreisen ist, wie wir hören, gegenwärtig der Gedanke in Anregung gebracht, am 19. Mai, dem hundertjährigen Geburtstage Fichtes, dem Senat der hiesigen Universität einen Fackelzug von Seiten der Studentenschaft zu veranstalten. Ledermann wird diese Huldigung der akademischen Jugend gerade am Jubeltage des manhaftesten „Redners an die deutsche Nation“, des patriotischen Zeitgenossen des ehrwürdigen Böck zu würdigen wissen. — Auch ein allgemeiner Commers ist, wie uns mitgetheilt wird, für die Fichtefeier in Aussicht genommen.

Auch die pommerische Universität ist dem würdigen Beispiel der Berliner gefolgt; vor einigen Tagen hat der academische Senat der Universität Greifswald einen, wie verlautet, in kurzen aber sehr entschieden Worten ausgesprochenen Protest gegen den Erlass des Kultusministers in Betreff der bevorstehenden Wahlen nach Berlin abgesandt.

Wie die feudale „Correspondenz“ aus guter Quelle hört, ist von dem nächsten Agnaten des großherzoglich mecklenburgisch-schwerinschen Hauses dem Herzog Wilhelm von Mecklenburg, neuerdings bei Gelegenheit des Todes der Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, geb. Prinzessin von Neub., Verwahrung gegen die legitime Erbsfolge der Prinzen aus dieser Ehe auf Grund alter Legitimitäts-Bestimmungen eingelebt worden. Dieser Verwahrung hat sich Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz angeschlossen.

Es wird der „Nat.-Ztg.“ berichtet, daß auch der Direktor des hiesigen Köllnischen Gymnasiums, Dr. August, gleichzeitig mit der Verwahrung des Dr. Bellermann eine ähnliche im Namen seines Lehrer-Kollegiums an das Königl. Provinzial-Schul-Kollegium eingefandt hat.

Man schreibt dem „Temps“ unter Anderem aus Berlin: „Die Lage der Dinge in Preußen ist gegenwärtig eine ganz andere, als bei den letzten Wahlen. Unvorsichtige Minister haben die Neutralität der Krone gebrochen und bedienen sich des Namens des Königs als eines Wahlmittels. Alle Welt hat das eigenthümliche Rescript gelesen, worin die Königl. Autorität sich durch die Abstimmung der aufgelösten Kammer in ihren Rechten bedroht erklärt und sich als Gegnerin der früheren Landesvertreter erhebt. Man hat sogar von Revolutionären gesprochen. Aber wo sind denn die Revolutionären? Etwa in den Reihen der Deputirten, welche

Rollen in den ersten Acten und denke an die Möglichkeit, daß der Sänger des Czaren durch eine zufällige Indisposition abgesetzt werden würde, das Lied im dritten Act zu singen, — was bliebe dann von der Partie übrig zur Erzielung eines entschiedenen Eindrucks? Das Czarenlied macht sich ganz von selbst zum musikalischen Schwerpunkt der Partie und war es natürlich auch in der Leistung des Hrn. Degele. Die weiche, sehnüchige Melodie muß bei gutem Vortrage das Gefühl gefangen nehmen, zumal wenn sie von einem männlich schönen Organ, welches intensive Kraft mit Weichheit verbindet und eines trefflichen Portamentos fähig ist, eine ausgezeichnete Beleuchtung erhält. Hr. Degele hatte mit dem Liede bedeutenden Erfolg und reprise in Folge des anhaltenden Beifalls die letzte Strophe mit ungeschwächter Kraft und vollem Wohlklang der Stimme.

Herr Fischer-Achten gab den van Bett mit erhöhter Fertigkeit gegen seine erste Darstellung der Rolle, ganz besonders aber machte er sich durch eine Gesangsroutine, über welche die Repräsentanten des Bürgermeisters sehr häufig nicht zu disponieren haben, alle Ehre. Fräulein Hessert war als Marie recht gewandt und anprechend. Auf Rollen dieser Art möge die junge Dame ihr hübsches Spiel und Gesangtalent verwenden und darin eine immer größere Fertigkeit zu gewinnen bemüht sein. Auch der Fleiß, mit dem Herr Ludwig den Peter Iwanoff gab, verdient lohende Anerkennung,

die Auflösungs-Orde mit dem dreimaligen Rufe: Es lebt der König! beantworteten, und keinen Augenblick vor, während und nach ihrer kurzen Session es unterließen, ihre tiefe Anhänglichkeit an die Monarchie und das Haus der Hohenzollern laut zu beheben? Sind sie nicht vielmehr in dem Schoße dieses Ministeriums, das, in offensbarer Verleugnung der parlamentarischen Prinzipien, sich nicht entblödet, die Autorität der Krone in die Wagschale der Wahlen zu werfen und sogar das preußische Volk auffordert, sich über die Macht der Königl. Rechte auszusprechen, die doch durch die Constitution außerhalb seiner, des Volkes, Competenz und Gerichtsbarkeit sich befinden? Trotz alledem ist das Volk monarchisch, aber es hängt um so fester an seinen verfassungsmäßigen Rechten, je mehr es die Rechte der Krone achtet. Die Aufrichtigkeit seines Royalismus erwächtigt es, sich in der Vertheidigung seines guten Rechtes unerschütterlich zu zeigen.“

Bremen, 11. April. Der „R. B.“ wird von hier geschrieben: Von einer preußisch-bremischen Flotten-Convention ist jetzt seit dem preußischen Ministerwechsel kaum die Reden mehr, geschweige denn, daß Schritte zur Ausführung derselben gethan werden. Selbst wenn unser Senat jetzt daran denken sollte, sich in Vertragverhandlungen mit dem preußischen Cabinet einzulassen, was höchst unwahrscheinlich ist, so würde die Bürgerschaft sicher einem derartigen Flotten-Vertrag die Genehmigung verweigern und unter dem Systeme, welches jetzt in Preußen wieder herrschend geworden ist, keinen Thaler willigen. So verliert die jetzige preußische Regierung nicht nur an moralischen und nationalen Sympathien, sondern sie steht auch in Europa materiel geschwächt da, denn jeder Gegner Preußens weiß es jetzt, daß der Regierung in diesem Augenblicke ihre mächtigste Stütze, die Kraft des eigenen Volkes und der deutschen Nation, nicht mehr aufgerufen ist zur Seite steht. Wir Deutschen, die wir außerhalb Preußens leben, müssen jetzt vor allen Dingen dem preußischen Volke selbst es überlassen, durch seinen mutigen Vertragskampf die Hoffnungen, die sich in Deutschland aus dem Stamm der Hohenzollern knüpfen, wach zu halten und nicht zu Schanden werden zu lassen. Es steht schon jetzt bestimmt mit der Behauptung der preußischen Großmachtstellung aus, dieselbe wird aber immer zweifelhafter, je größer das Gewicht wird, welches die übrigen Großmächtigen zu Land und zur See in die Wagschale der Weltgeschichte zu werfen haben, je größer der internationale Verkehr wird, und je wichtiger der Besitz einer Flotte für jede Großmacht geworden ist. Preußen muss, wenn es zu einer Weltstellung gelangen will, an der Nordsee festen Fuß fassen, jedoch nicht etwa bloß mit seinem Bahnhafen, sondern im engsten Bunde mit allen Deutschen, welche die Nordseeländer bewohnen und mit ihrem Verkehrs beleben. Diesen Bund erlangt es aber nur durch Freiheit im Inneren. Für eine preußische Junker- und Bureaukraten-Wirtschaft wird sich kein einziger hanseatischer Seemann und kein Bewohner unserer Nordseeländer gewinnen lassen.

England.

Wie das Court-Journal meldet, verläßt die Königin Osborne am 28. d. M., übernachtet in Windsor und reist am folgenden Tage nach Balmoral, wo sie vermutlich am 30. April eintreffen wird. Demselben Blatte zufolge hat sich der Gesundheits-Zustand des Prinzen Leopold während seines Aufenthalts in Cannes bedeutend gebessert. Er litt an einer Art Hautausschlag auf dem Rücken.

Frankreich.

Paris, 13. April. In der mexicanischen Angelegenheit tritt die Vereinzelung Frankreichs mehr und mehr hervor, obne daß bis jetzt eine Verzichtsleistung des Kaisers auf seine ursprünglichen monarchischen Projekte unwahrscheinlicher geworden wäre. — Prinz Napoleon arbeitet eben an einer anföhnl. Denkschrift über die Lage Europa's und die Frankreichs im Besonderen, und soll sie nach Ostern dem Kaiser vorlegen. — Die gepanzerten Schiffe haben, wie es heißt, die Regierung in die Lage versetzt, das bereits eingereichte außerordentliche Budget zu modifizieren.

Obwohl die Darstellung noch nicht genügend gefärbt war, um den Humor der Rolle jederzeit schlagfertig zur Wirkung zu bringen. Herr Faß (Chateauneuf) hatte mit der Romanze nicht Glück, trug aber zum guten Gelingen des Sextetts durch wirkame Führung der Oberstimme wesentlich bei. Der englische Gefandte schien seiner Heimat völlig entfremdet zu sein, wenigstens erfreute er durch das reinste Deutsch. Das Dr. Fischer hatte zuweilen partiturwidrige Emancipationsgelüste, z. B. wollte ein blasender Theil desselben in einem Duett des ersten Actes absolut seinen eigenen Weg gehen.

Marshall.

[Fuchs jagd und Glockengeläut.] Leicestershire ist bekanntlich das klassische Land der Fuchs jagden. In Thurnby in Leicestershire geht die Fuchs jagd-Passion so weit, daß die Kirchenwirthe seit mehreren Jahren die Ankunft des Lord Stamford mit seinen Hunderten daselbst durch Glockengeläut zu feiern pflegen. Diesmal verhat sich der Pfarrer den Brauch und ließ die Thüre des Glockenturmes verschließen und ließ die Thüre des Glockenturmes verschließen. Aber ein fuchs wilder Farmer und ein eben solcher Wagenbauer erbrachen, als Lord Stamford mit seiner Menge ankam, gewaltsam die Thüre und läuteten ihm zu Ehren 2½ Stunden lang mit Macht und Begeisterung. Der Pfarrer klage, aber die Friedensrichter vielleicht selbst dem Spott ergeben, wiesen die Klage als unbegründet ab.

— Der münchener Correspondent des Moniteur spricht heute von den skandinavischen Ideen des schwedischen Königs Karl XV. und von der ungemeinen Tätigkeit, die er in Rüstungen zu Wasser und zu Lande entfaltet, um im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Dänemark „Position“ nehmen zu können. Doch glaubt er, daß die Abgeordneten Schwedens und Norwegens schwerlich alle hierzu gesetzten Gedanken bewilligen würden.

— Nach Berichten aus Toulon vom 10. sind die Versuche, die man mit der neuen gepanzerten Fregatte „Invincible“ angestellt hat, vollkommen gelungen. Der Invincible kann mit Dampf und Segel in Bewegung gesetzt werden. — Nach Ostern wird die Discussion über das Gesetz Betreffs der Aushebung von 100,000 Mann des diesjährigen Contingents beginnen. Es ist noch unbestimmt, wann die Budget-Debatten anfangen. Die Budget-Commission tritt entschieden auf und will von der Erhöhung der Salzsteuer nichts wissen.

Italien.

Turin, 11. April. (R. B.) Der Besuch Garibaldi's bei dem Bischof von Cremona liefert abermals einen charakteristischen Beweis dafür, daß die italienische Sache nicht nur im niederen, sondern auch im höheren Clerus Freunde und Vertreter hat. Eine Zusammentunft, die heute hier das Gespräch bildet, ging mit aller Feierlichkeit vor sich, welche aus ihr eine bedeutsame Demonstration machen sollte. Der Bischof, Msgr. Novasconi, wollte ursprünglich selbst Garibaldi besuchen; da er jedoch durch einen Gichtanfall verhindert wurde, so empfing er im großen Saale seines Palais, umgeben von seinen Capitularen und fast hundert anderen Geistlichen, den General, der selbst ebenfalls mit einem stattlichen Gefolge, darunter Plezza, Turr, Bixio u. A., erschien. Garibaldi drückte seine Freude aus, den Oberhirten einer Geistlichkeit zu sehen, die sich durch Weisheit, Vaterlandsliebe und christliche Liebe auszeichne. Der Bischof erwiederte, sein Clerus folge das Programm, das er seit seinem Amtsantritt festgehalten habe, nämlich das der Wahrheit und Liebe. „Sie sehen hier um mich meinen General-Bicar, die Domherren meines Capitels, die Pfarrer der Stadt und der Dörfer, die Professoren meines Seminars, — Allen habe ich stets empfohlen, das Volk über seine Pflichten zu belehren und sich aller Uebertreibung zu enthalten, welche stets der Wahrheit und der Liebe schaden.“ Beim Abschied drückten sich der Priester und der Soldat herzlich die Hand.

Die Italie meldet, daß der ganze Abenteurer-Schwarm, der während des Winters auf Malta sein Haupt-Quartier hatte, plötzlich aufgebrochen und auf französischen Messagerieschiffen theils nach Civita-Bechia, theils nach Küstenpunkten der Capitanata und Basilicata abgezogen ist.

Nußland und Polen.

Warschau, 11. April. (Schl. B.) Gestern Abend und in der verflossenen Nacht hat die Polizei zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Veranlassung dazu gab ein bedauerlicher Vorfall, der sich in der Kirche zum heil. Johannes ereignete. Seit geraumer Zeit harxten die Ultronalisten, die vorzugsweise unter der Jugend ihre Vertreter und Vorkämpfer suchten, auf eine Gelegenheit, dem Erzbischof, dessen regierungsfreundliche Handlungsweise ihnen ein Dorn im Auge ist, ihren Unwillen kund zu geben. Schon am 8. April hatten sie am erzbischöflichen Palast Trauerabzeichen angebracht. Gestern glaubten sie nun, eine günstigere Gelegenheit gefunden zu haben. Kann war der Erzbischof auf der Kanzel zur Abhaltung der gewöhnlichen Donnerstags-Fastenpredigt erschienen, als sich lärmend und tobend eine Anzahl vorher in der Nähe des Hauptaltars postirter junger Leute in Bewegung setzte und dem Haupteingange zuströmte. Eine allgemeine Verwirrung folgte diesem tumultuarischen Auftritt, besonders unter dem weiblichen Theile der Versammlung, da die meisten von der verabredeten Manifestation keine Ahnung hatten und sich von irgend einer Gefahr bedroht glaubten. In aller Eile verließen sie die Kirche unter so großem Gedränge, daß man nachher verschiedene Gegenstände der Toilette auf dem Boden zerstreut liegen sah. Der Erzbischof ließ sich aber dadurch nicht abhalten, seine Erbauungsrede vor den zurückgebliebenen fortzuführen. Die sorgfältig beobachteten Urheber des Stands wurden, 14 an der Zahl, beim Herausgehen aus der Kirche sofort verhaftet. — Nach dem Regierungsblatte ist dem Generalsuperintendenten der evangelischen Gemeinde im Königreiche und Vicepräses des evangelischen Consistoriums, Pastor Ludwig, der St. Stanislausorden erster Klasse verliehen worden. — Pastor Otto, um dessen Gesundheit man sehr besorgt war, befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Danzig, 16. April.

* Stadtverordnetenversammlung den 15. April. (Schlnß.) Nachdem, wie wir im heutigen Morgenblatte berichtet, Herr Justizrat Breitenbach seinen Antrag*) in Betreff des Wahlerlasses des Ministers des Innern unter lautem Beifall der Versammlung motivirt hatte, ergriß der Magistratscommissarius Herr Stadtrath Dödenhoff das Wort, um zu erklären, daß es durchaus nicht seine Absicht sei, dem Antrage des Herrn Justizrat Breitenbach entgegentreten, daß er vielmehr mit dem Inhalt desselben vollkommen einverstanden sei. Nur halte er es für seine Pflicht, jede Verdächtigung der Gesinnung des Magistrats zurückzuweisen. Derselbe habe nicht die Absicht, seine Beamten irgendwie zu beeinflussen, und die einzelnen Mitglieder des Magistrats hätten bei den letzten Wahlen wohl hinreichend bewiesen, daß sie für ihre Person nach freier Überzeugung zu wählen für ihr Recht hielten. Der Magistrat habe den Wahlerlass des Ministers des Innern nicht wie es die Regierung verlangt, seinen Beamten zur „Nachrichtung“ empfohlen, sondern sich auf eine bloße Mittheilung desselben beschränkt. Herr Dr. Lévin führt demnächst aus, daß die so eben gehörte Vertheidigung des Magistrats in dem Gefühl entsprungen zu sein scheine, daß der Magistrat, als er den betreffenden Wahlerlass den städtischen Beamten mittheilte, sich weder mit den Stadtverordneten, noch mit den Bürgern der Stadt im Einverständnisse befand. Es sei unzweifelhaft, daß der Magistrat berechtigt war, die Verbreitung

*) Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen: den Magistrat zu ersuchen, 1) der Königlichen Regierung anzugeben, daß er zwar der erhaltenen Anweisung gemäß den Wahlerlaß des Herrn Ministers des Innern den städtischen Communal-Beamten mitgetheilt habe, daß er sich jedoch gedrungen sehe, das jedem Staatsbürger verfassungsmäßig zustehende Recht der freien Wahl auch sämtlichen Communal-Beamten, so wie den Lehrern hiesiger Schul-Anstalten zu wahren; 2) der Versammlung von seinem diesfälligen Berichte Mittheilung zu machen.

des Wahlerlasses abzulehnen. Nach § 10 der Städteordnung verwahrt der Magistrat die städtischen Gemeindeangelegenheiten. § 56, der von den Geschäften des Magistrats handle, enthalte zwar in ad 1 die Bestimmung, daß der Magistrat die Gesetze und Verordnungen sowie die Verfügungen der ihm vorgesetzten Behörde auszuführen habe, es beziehe sich dies jedoch, wie aus § 10 hervorgehe, nur auf Gesetze, Verfügungen &c., welche die städtischen Gemeindeangelegenheiten betreffen. Daß der Wahlerlass des Herrn v. Jagow eine städtische Gemeindeangelegenheit sei, werde wohl Niemand behaupten wollen. Wenn der Herr Magistratscommissarius auf die Haltung der Magistratsmitglieder bei den letzten Wahlen hingewiesen, so erwiedere er darauf, daß es damals kein Kunststück gewesen sei, frei zu wählen, daß das vorige Ministerium die Wahlfreiheit nicht beeinträchtigt habe. Es verhalte sich dies gegenwärtig eben vollkommen anders. Schließlich müsse er die Neuherzung des Herrn Magistratscommissarius, er sei verpflichtet, Verdächtigungen der Gesinnung des Magistrats zurückzuweisen, als nicht hierhin gehörig bezeichnet. Es sei Niemanden in der Versammlung eingefallen, die Gesinnung des Magistrats zu verdächtigen, man könne nur das entgegenkommende Verhalten des Magistrats in dieser Angelegenheit nicht billigen.

Herr Rechtsanwalt Nöppell empfiehlt ebenfalls die Annahme des Breitenbach'schen Antrags aus praktischen Gründen. Seitens des Oberpräsidenten der Provinz werde gegenwärtig darauf hingewirkt, eine große vereinigte conservative Partei hieselfst zu bilden. Die Annahme dieses Antrages werde auch in dieser Beziehung von gutem Erfolge sein.

Der Breitenbach'sche Antrag wird darauf mit dem (in der Morgennummer bereits erwähnten) Behrend'schen Amendement, nach welchem der Magistrat von seinen etwaigen Schritten zur Wahrung der Wahlfreiheit der Communalbeamten auch diesen letzteren Mittheilung machen solle, fast einstimmig angenommen. —

Hier nach machte Herr Bode daran aufmerksam, daß der Magistrat die Absicht habe, die bei Gelegenheit des vorjährigen Königsfestes vor dem Rathause ausgegrabenen runden Steine nunmehr wieder an ihre frühere Stelle setzen zu lassen und stellt den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, diese Hindernisse für den Straßenverkehr auch für die Zukunft entfernt zu halten. Die Versammlung erhebt den Antrag zum Beschluß.

Nach Eingang in die Tagesordnung wird den Stadtverordneten vom Magistrat mitgetheilt, daß für Herrn Stadtrath v. Franzius, welcher sein Amt niederzulegen beabsichtigt, eine Neuwahl auf 3 Jahre vorzunehmen ist. Ebenso wird binnen kurzer Frist eine Wahl für die Herren Stadträthe Dödenhoff, Heyn, Lemke, Miz und Seeger nothwendig werden, worauf der Magistrat die Versammlung rechtzeitig aufmerksam macht. Es wird beschlossen, diese Angelegenheit der zeigigen Commission zur Vorberathung zu übergeben, welche bereits zum Zweck der bevorstehenden Oberbürgermeister- sowie der Wahl eines beflockten Magistratsmitgliedes, in Stelle des ausscheidenden Herrn Ladwig, in Function getreten ist.

Auf den Antrag des Turnrathes, unter Zustimmung des Magistrates, bewilligte die Versammlung einen Buschus von 300 Thlr. für den Turnunterricht pro 1862, genehmigte gleichzeitig, daß außerdem von jedem Schüler 10 Sgr. gezahlt und auch in diesem Jahre in Jäschenthal ein Turnfest stattfinden solle. Die Versammlung stimmt ferner den ihm mitgetheilten Beschlußnahme des Magistrates in Betreff der Schule zu Kneipab bei. Für diese ist nämlich von Seiten des Landratsamtes die Begründung einer zweiten Klasse und die Anstellung eines zweiten Lehrers beantragt worden. Da in dessen die genannte Schule nur von 22 städtischen und 153 Kindern ländlicher Ortschaften besucht wird, so bestreitet der Magistrat jede Verpflichtung zur Erweiterung derselben und beabsichtigt, später das jetzt bestehende desfallsige Verhältniß der Stadt mit dem platten Lande gänzlich zu lösen.

Da ein gütlicher Vergleich der Stadt mit den Besitzern Aschenheim und Paninsti wegen Abtretung eines Theiles ihrer Grundstücke zu der von der Regierung angeordneten Verbreiterung der großen Mühlengasse nicht zu Stande gekommen ist, so willigt die Versammlung darin, daß die Commune diese Angelegenheit im Wege des Expropriations-Versfahrens weiter verfolge.

* Heute Vormittag erschien im Redactionslocal dieser Zeitung der Staatsanwalt Herr v. Graevenitz in Begleitung des Herrn Polizeirath Hübler und forderte den dort anwesenden Redacteur Rickert auf, das Manuscript des in Nr. 1246 der „Danziger Zeitung“ abgedruckten Wahlrescripts des Kriegsministers v. Moon vom 27. März vorzulegen. Der Herr Staatsanwalt motivirte seine Aufforderung damit, daß die Redaction wahrscheinlich nur durch eine Verlegung des Amtsgeheimnisses in den Besitz des betr. Rescripts gelangt sein könnte und die Anshändigung des Manuscripts zur etwaigen Errichtung des schuldigen Beamten erforderlich sei. Der Redacteur Rickert erklärte, daß er nicht mehr im Besitz des betr. Manuscripts sei, sondern daß dasselbe nach erfolgter Benutzung in den Papierkorb gekommen. Eine Durchsicht des Papierkorbes, sowie andere Recherchen in der Druckerei ergaben kein Resultat. Gleichzeitig teilte der Herr Staatsanwalt dem Redacteur dieser Zeitung mit, daß er seine Vernehmung als Zeuge in dieser Angelegenheit bei dem hiesigen Stadtgericht beantragen würde.

* Wie in Nr. 1259 dieser Zeitung mitgetheilt ist, hat der Herr Landrat v. Brauchitsch die Ortsbehörden des Danziger Kreises und alle ihm untergeordneten Beamten angewiesen, auf Druckschriften, welche nach ihrer Ansicht gegen § 100 bis 102 des Strafgesetzbuchs verstößen, besonders zu achten und beim Betreffen derselben ohne Weiteres mit Wegnahme und Einreicherung an die vorgesetzte Behörde vorzugehen. In Folge dieser Anweisung hat nunmehr der Inhaber der Ortspolizei von Bissau, Herr Greßmann, heute an das Landratsamt zwei in der Decker'schen Hofbuchdruckerei in Berlin gedruckte Flugblätter des „constitutionell-monarchischen Wahlvereins“: „Wer soll in Preußen regieren?“ und „Warum ist die Kammer aufgelöst?“, zur Ergreifung weiterer Maßregeln eingefandt. Das Aufschreiben des Herrn Greßmann lautet wörtlich:

Durch ein Königl. Landratsamt ist den Ortspolizei-Behörden und Schulzämtern der Befehl zugegangen, über die Verbreitung von Flugschriften, welche den Bewohnern des platten Landes irrtümliche Ansichten über ihre in Kurzem auszuhaltenden Wahlpflichten einzuslößen suchen, zu wachen. Meiner Pflicht zufolge als Ortspolizei-Behörde von Bissau Folge leistend, ist es mir endlich gelungen, in einer Bernstein-Grube genannten Gutes beifolgendes Flugblatt zu erwischen,

welches ich nicht verfehle einem Königl. Landratsamt zu etwaigen weiteren Maßregeln mitzuteilen. Bissau, 15. April 1862. F. Greßmann.“

In den betreffenden Flugblättern wird die bekannte Parole vom Königlichen oder Parlamentarischen Regiment wiederholt und u. A. behauptet, „die Kammer habe sich verfaßt und drig in die Regierung des Königs gemischt, „die Fortschrittspartei wolle Überrechnungskammer und König spielen“ und dergleichen Unsinn mehr. Wir hoffen, der Herr Landrat von Brauchitsch wird mit Herrn Greßmann darin übereinstimmen, daß solche Flugblätter geeignet sind, die Ansichten der Wähler zu verwirren und wird seine „Maßregeln“ dagegen ergreifen!

* Der Director der hiesigen Kunsthalle, Herr Professor Schulz, hatte dem Großherzog von Baden kurz nach seiner Anwesenheit am hiesigen Ort ein Exemplar seiner Original-Nadirungen von Danzig und seinen Bauwerken überwandt. In Folge dessen ist Herr Professor Schulz in diesen Tagen von Sr. Königl. Hoheit ein Schreiben zugegangen, worin derselbe seinen Dank für die schönen und sorgfältigen Zeichnungen auspricht, welche ihm die Eindrücke, die er während des leider nur kurzen Aufenthalts in der „schönen Stadt“ Danzig gehabt, verdeutlicht und ergänzt. Dem Schreiben war für Herrn Professor Schulz ein schöner Brillantring beigegeben.

* Den wiederholten Anträgen der Polizeibehörde um Errichtung einer öffentlichen Badeanstalt hat der Magistrat im vorigen Sommer nicht Folge gegeben. Wir wir hören, sind diese Anträge bereits wiederholt worden und darf wohl angenommen werden, daß die städtischen Behörden endlich in diesem Jahre, und zwar noch vor Beginn des Sommers, diese Angelegenheit energisch in die Hand nehmen und für eine dem Bedürfnisse des Orts entsprechende Badeanstalt Sorge tragen werden, deren Notwendigkeit auch von uns früher mehrfach hervorgehoben ist.

* Herr Sy hat so eben ein hübsches Genrebild „das Quartett“ vollendet. Zwei Kinder, deren eines einer Geige zuerfreuen Töne entlockt, welche durch den Natur-Gesang des andern unterstützt, durch das Zusammenschlagen zweier metallener Topsdeckel geschärft werden, veranlassen zwei Hunde zur Theilnahme an diesem Concerte. Die Situation ist lebensfrisch aufgefaßt und wacker ausgeführt. Eine hier beabsichtigte permanente Bilderausstellung wird dem Publikum ohne Zweifel dieses, wie noch manches andere jetzt noch nicht vollendete Opus unserer Künstler, zum Theil als Frucht ihres „stillen Klosterlebens“ in nächster Zeit vorführen.

* Dem musikliebenden Publikum können wir die Mittheilung machen, daß Herr Kellermann am nächsten Dienstag, den 22. d. M., ein zweites Concert im Apollotheater des Hotel du Nord veranstalten wird.

* Das Schauturnen der hiesigen Feuerwehrmannschaften, das heute Vormittags im Stadhause ausgeführt wurde, ging auf die befriedigendste Weise von statten. Die Exerzierübungen des Gesamtcorps, wie die Leistungen Einzelner haben sich das allseitige Lob der eingeladenen und erschienenen Mitglieder der R. Regierung, des Magistrats, der Stadtverordneten und der Feuerdeputation erworben. Es wurde vorzüglich geturnt und die gezeigten Fortschritte in verhältnismäßig so kurzer Zeit waren überraschend.

* Bei der wieder eröffneten Schiffsfahrt auf der Weichsel hat sich abermals der Uebelstand wesentlich bemerkbar gemacht, daß die Mastenträne an der Weichselbrücke einen viel zu niedrigen Standpunkt haben. Mehrere hundert Oderfähne sind in Folge dessen bei dem Passiren der Brücke gefährdet gewesen, ihre Lasten selbst niederzulegen und wieder einzusezen, und erst vor einigen Tagen, nachdem der Wasserstand niedriger geworden, ist es möglich gewesen, die Kähne vorzuschieben und in Betrieb zu setzen. — An der Nogatbrücke herrschte derselbe Uebelstand; es sind dort die Krähne bis jetzt noch nicht in Tätigkeit. — Es wäre wünschenswerth, daß der Schiffsfahrt diese erschwerenden Hindernisse bald aus dem Wege geräumt würden.

* Das Königberger Wahl-Comité der deutschen Fortschrittspartei hat nachstehende Bekanntmachung erlassen:

„Läßt Euch nicht verblüffen! Unsere Verfassung giebt uns durch Artikel 27 das Recht, „durch Wort, Schrift und Druck unsere Meinung frei zu äußern.“ Bevor eine Druckschrift ausgegeben wird, muß ein Exemplar davon der Polizeibehörde eingereicht werden, welche, wenn sie etwas Strafbares darin zu finden glaubt, die Schrift mit Beschlag belegen und binnen 24 Stunden dem Staatsanwalt zur Einleitung einer Untersuchung übergeben kann. Ist dies nicht geschehen, so steht der Verbreitung der Schrift auf dem gewöhnlichen Wege der UeberSendung, Mittheilung an Bekannte oder Vorlesung kein gesetzliches Hinderniß entgegen. Keine Behörde darf eine solche Verbreitung verbieten, kein Gerichtshof in Preußen wird den Verbreiter zur Strafe ziehen, wenn er sich an ein demnach erlassenes Verbot nicht lehrt. Nur wer Schriften „auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an andern öffentlichen Orten auszurufen, zu vertheilen oder anzuhieften“ beabsichtigt, bedarf dazu einer besonderen polizeilichen Erlaubnis. Die Ortsvorstände sind ebenso gut Staatsbürger, wie jeder andere Eingesessene. Als solchen kann es ihnen nicht verwehrt werden, wenn sie mit Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch machen. Urväbler der Provinz Preußen! Dies ist Euer Recht, laßt es Euch nicht nehmen!“

□ Königsberg, 15. April. In der heutigen Stadtverordneten-Versammlung war folgende Angelegenheit von allgemeinem Interesse. Die hiesige Regierung hatte an unseres Magistrat eine Aufforderung erlassen: bei den Wahlen am 28. d. M. in den 58 Wahlbezirken der Stadt keine solche Personen zu Wahl-Commissionen zu ernennen, die bei den früheren Wahlen für die Fortschrittmänner gestimmt hätten. Der Magistrat lehnte dieses Ansehen ganz entschieden ab, die Ablehnung motivirend dadurch, daß es bei der Wahl dieser Comissionen gar nicht darauf ankäme, welcher politischen Partei sie angehörten, als vielmehr darauf, daß dieselben achtbare und geschäftstümliche Männer wären. Dieses tactvolle Benehmen des Magistrats veranlaßte den Stadtverordneten Dr. Falzon mit noch 20 Anderen den Antrag zu stellen: daß die Versammlung dieses Verfahren unseres Magistrats durch ein Dankvotum anerkennen möge. Der Regierer in dieser Angelegenheit, Stadtverordneter Kaufmann Heinrich, war der Ansicht, daß, da jene Regierungs-Verfügung der Stadtverordneten-Versammlung gar nicht vorgelegt wäre, die Städteordnung außerdem aber auch anordnen, daß die Stadtverordneten sich nur mit Gemeindeangelegenheiten beschäftigen sollten, sie nicht in diese politische Frage hineingezogen werden dürfen. Der Stadtverordnete Vorsteher, Justizrat Lamau, bestritt die Competenzfrage; der Stadtverordnete

Berliner Börse vom 15. April 1862.

Eisenbahn-Aktionen.

Prioritäts-Obligationen.

Prioritäts-Obligationen.

Preußische Fonds.

Ausländische Fonds.

Dividende pro 1860.	
Aachen-Düsseldorf	— 3½ 89 b3
Aachen-Maastricht	— 4 24½ — b3
Amsterdam-Rotterd.	5½/10 92½ b3
Bergisch.-Märk. A. B.	— 4 112½ b3
Berlin-Anhalt	8½ 4 142—141½ b3
Berlin-Hamburg	6 4 118 b3
Berlin-Potsd. Mgd.	— 4 192 B
Berlin-Stettin	— 4 130 B
Bresl.-Schw.-Freib.	6½ 4 125½ b3 u G
Brieg.-Neisse	3½ 4 74½ b3
Cöln-Minden	— 3½ 186—188½ — 187½ b3
Cöfel.-Oderb. (Wih.)	— 4 48 b3
do. Stamm-Pr.	4½ 4 92 G
do. do.	5 5 93 G
Lubwigsb.-Bexbach	8 4 133½ b3
Magdeb.-Halberstadt	— 4 298 b3
Magdeb.-Wittenb.	— 4 234 G
Mainz-Ludwigshafen	— 4 44½ B
Meclemburger	2½ 4 124—124 b3
Münster-Hammar	— 4 55½—56 b3
Niederschl.-Märk.	— 4 98 G
Niederschl.-Zweigbahn	— 4 99 B
Stamm-Pr.	5 5 68 b3
Nordb., Friedr.-Wih.	— 4 63½ b3
Oberschl.-Litt. A. u. C.	7½ 3½ 149 b3
Litt. B.	7½ 3½ 129½ b3
Oester.-Frz.-Staatsb.	— 5 140—139½ b3 u G
Oppeln-Tarnowitz	— 4 45½ b3
P. W. (Steele-Wohw.)	— 4 59½—57½ b3
Rheinische	— 4 97—96½ b3 u G
do. St. Prior.	— 4 101 G
Rhein-Nahebahn	— 4 32½—3½ b3
Hhr.-Cref.-R.-Gladb.	— 4 93½ G
Russ. Eisenbahnen	— 5 110½ B
Stargard.-Posen	— 3½ 99 b3
Thüringer	— 5 117½ b3

Prioritäts-Obligationen.

Prioritäts-Obligationen.

Preußische Fonds.

Ausländische Fonds.

Aachen-Düsseldorf 4 94½ b3

Niederschl.-M. III. 4 98½ B

Berl. Stadt-Obl. 4 102½ G

R. Badens. 35 Tl. — 31½ B

do. II. Emis. 4 101½ b3

do. do. IV. 4 102 b3

do. do. 3½ 89½ B

Deffner Pr. — A. 3½ 103½ et b3

do. III. Emis. 4 100½ b3

Niederschl.-Zwab. C. 5 101½ b3

Kur. u. N. Pfdsbr. 3½ 93½ b3

Schönd. 10 Thl.-L. 10½ G

Aachen-Maastricht 4 66½ B

Nordb., Fr. Wih. 4 102 G

Oberschl. A. 4 —

Wechsel-Cours vom 15. April.

Aach.-Maastricht II. 5 66½ B

Oberschl. B. 3½ —

Ostpreuß. Pfdsbr. 3½ 89½ G

Amsterdam kurz 3½ 142½ b3

Bergisch.-Märk. 4 101½ B

do. C. 4 97½ B

do. 4 93½ b3

do. 2 Mon. 3½ 141½ b3

do. do. (1855) 5 103½ G

do. D. 4 91½ B

Pommersche 3½ 92½ B

Hamburg kurz — 151 b3

do. do. III. 3½ 87 b3

do. E. 4 87½ b3

do. 4 103½ G

London 2 Mon. 2½ 6 21½ b3

do. do. IV. 5 104½ B

do. F. 4 101½ B

Posensche 3½ 98½ B

Paris 2 Mon. 3 56 24 b3

do. Düss.-Eisb. 4 —

Desterr.-Franz. 3 272—½ b3

do. do. 4 98½ G

Wien Oester. W. 8 T. 5½ 75½ b3

do. do. V. 5 —

Pr. Wih. I. 5 —

Schlesische 3½ 93½ G

do. do. 2 Mon. 4 150½ b3

do. do. VI. 5 100½ B

do. do. III. 5 102½ B

Westpreuß. 3½ 89½ b3

Leipzig 8 Tage 4 99½ G

do. do. VII. 5 —

do. do. 4 99½ B

do. do. 4 99½ G

Bremen 8 Tage 3½ 109½ b3

do. do. VIII. 5 —

do. do. 4 99½ G

Sachsen 100½ G

Bank- und Industrie-Papiere.

do. do. IX. 5 —

do. do. 4 99½ G

do. do. 4 99½ G

Dividende pro 1860.

do. do. X. 5 —

do. do. 4 99½ G

do. do. 4 99½ G

Breitb. Bank- Anttheile 4 10 4 121½ b3

do. do. XI. 5 —

do. Nat.-Aul. 5 63—½ b3 u B

do. do. 5 70 b3 u B

Danzig 6 4 104 b3

do. do. XII. 5 —

do. 4 101½ B

Pommersche 4 99½ G

Königsberg 5 4 93 G

do. do. XIII. 5 —

do. 4 101½ B

Breitb. 4 99½ G

Posensche 5 4 93 G

do. do. XIV. 5 —

do. 4 94½ G

Westfäl.-Rh. 4 99 b3

Sächsische 4 99½ G

do. do. XV. 5 —

do. 4 99½ G

do. do. 4 99½ G

Dividende pro 1860.

do. do. XVI. 5 —

do. do. 4 99½ G

do. do. 4 99½ G

Breitb. Bank- Anttheile 4 10 4 121½ b3

do. do. XVII. 5 —

do. do. 4 99½ G

do. do. 4 99½ G

Breitb. Bank- Anttheile 4 10 4 121½ b3

do. do. XVIII. 5 —

do. do. 4 99½ G

do. do. 4 99½ G

Breitb. Bank- Anttheile 4 10 4 121½ b3

do. do. XIX. 5 —

do. do. 4 99½ G

do. do. 4 99½ G

Breitb. Bank- Anttheile 4 10 4 121½ b3

do. do. XX. 5 —

do. do. 4 99½ G

do. do. 4 99½ G

Breitb. Bank- Anttheile 4 10 4 121½ b3

do. do. XXI. 5 —

do. do. 4 99½ G

do. do. 4 99½ G

Breitb. Bank- Anttheile 4 10 4 121½ b3

do. do. XXII. 5 —

do. do. 4 99½ G

do. do. 4 99½ G

Breitb. Bank- Anttheile 4 10 4 121½ b3

do. do. XXIII. 5 —

do. do. 4 99½ G

do. do. 4 99½ G

Breitb. Bank- Anttheile 4 10 4 121½ b3

do. do. XXIV. 5 —

do. do. 4 99½ G

do. do. 4 99½ G

Breitb. Bank- Anttheile 4 10 4 121½ b3

do. do. XXV. 5 —

do. do. 4 99½ G

do. do. 4 99½ G

Breitb. Bank- Anttheile 4 10 4 121½ b3

do. do. XXVI. 5 —

do. do. 4 99½ G

do. do. 4 99½ G

Breitb. Bank- Anttheile 4 10 4 121½ b3